

Stadträte Richard Pitterle & Serdar Şevik

Vertagungsantrag

zur Beschlussvorlage 38/2026 betreffend die Anpassung der Elternbeiträge im Kita-Bereich

Antrag:

Der Tagesordnungspunkt zur geplanten Erhöhung der Elternbeiträge im Kita-Bereich wird vertagt bis nach der Bildung der neuen Landesregierung nach der Landtagswahl am 8. März 2026.

Begründung:

Nach allen aktuellen Prognosen ist davon auszugehen, dass die kommende Landesregierung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen getragen sein wird. Beide Parteien bekennen sich in ihren aktuellen Landtagswahlprogrammen eindeutig zu einem gebührenfreien letzten Kita-Jahr:

- *„Um alle Kinder vor ihrem Schulstart fördern zu können, führen wir als nächsten Schritt ein verbindliches und gebührenfreies letztes Kita-Jahr ein.“*
(S. 27, Landtagswahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen)
- *„Zugleich setzen wir uns für ein beitragsfreies letztes Kita-Jahr ein und erarbeiten gemeinsam mit Bund und Kommunen eine konsistente Finanzierung“*
(S. 36, Landtagswahlprogramm CDU)

Wenn wir diese Aussagen der künftigen Regierungsparteien ernst nehmen - und davon auszugehen ist ja wohl, dass CDU und Grüne keinen Wahlbetrug begehen möchten –, stünden wir als Kommune schon in wenigen Monaten vor der Aufgabe, unsere Gebührensatzung erneut anzupassen.

Es erscheint daher weder sachgerecht noch wirtschaftlich, jetzt eine Erhöhung der Elternbeiträge zu beschließen, die in naher Zukunft ohnehin durch Landesregelungen teilweise oder vollständig hinfällig werden dürfte.

Die Stadt sollte eine Entscheidung über die Gebührenanpassung daher erst dann treffen, wenn die neue Landesregierung gebildet ist und deren konkrete Förder- und Finanzierungsbeschlüsse bekannt sind.

Richard Pitterle